

Domizil für 150 Flüchtlinge

Stühlinger Stadthalle wird belegt / Nutzung der Halle als Unterkunft wird zeitlich befristet.



Die Stadthalle Stühlingen wird von Ende Januar bis Ende August 2016 als Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises Waldshut zur Erstaufnahme von 150 Flüchtlingen dienen. Foto: Dietmar Noeske

STÜHLINGEN. Die Stadt Stühlingen versucht mit einem Spagat, ihren bürgerlichen Pflichten wie auch den sozialen Anforderungen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise gerecht zu werden. Um die nicht vorhersehbaren Kapriolen überstehen zu können, muss darüber hinaus mit den Finanzen jongliert werden. 150 Flüchtlinge sollen in der Stühlinger Stadthalle eine Unterkunft finden.

In Abstimmung mit dem Landratsamt hat der Gemeinderat Stühlingen nun einstimmig die Nutzung der Stadthalle durch den Landkreis zur Erstunterbringung von 150 Flüchtlingen befristet. Zu Beginn des Schuljahres 2016/2017 am 15. September 2016 muss die Stadthalle wieder zur regulären Nutzung zur Verfügung stehen. Dieser Endzeitpunkt wird nach Angaben von Bürgermeisterin Isolde Schäfer so auch in der Vereinbarung zwischen Landkreis und Gemeinde Stühlingen stehen. Der Landkreis habe nun ab sofort neun Monate Zeit, mittelfristig "andere Möglichkeiten zur Unterbringung zu finden".

Die Notwendigkeit einer Gemeinschaftsunterbringung zur Erstaufnahme durch den Landkreis in der Stadthalle ab Februar 2016 war in einer Infoveranstaltung am 11. November publik geworden. Mittlerweile habe die Stadtverwaltung "alle Möglichkeiten" einer alternativen Unterbringung in kirchlichen oder privaten Unterkünften geprüft – ohne erfolgreiche Ergebnisse. Die nächste Möglichkeit zur öffentlichen Diskussion der Thematik wird es im Rahmen eines weiteren Informationsabends am 5. Januar 2016 um 19 Uhr in der Aula der Realschule Stühlingen geben. Hierzu wird auch Landrat Martin Kistler anwesend sein. Unter anderem werden dabei die rechtlichen Aspekte zur Flüchtlingsunterbringung erörtert.

In den aktuellen Diskussionen des Gemeinderats zur Befristung der Unterbringung in der Stadthalle legte Ratsmitglied Bernhard Engel (CDU) mit der kritischen Frage: "Und was ist, wenn bis Ende August weiter so viele Flüchtlinge kommen?" einen Finger in die offene

Wunde. Die Bürgermeisterin sah auch die "anderen 31 Gemeinden des Landkreises" in der Pflicht. Sie hoffte vor dem Hintergrund der 'normalen' Hallennutzung durch 550 Schüler und viele Mitglieder der Vereine, dass die im Kontakt zum Landratsamt "angesprochene Dringlichkeit" dazu führen wird, dass der vereinbarte Zeitpunkt auf jeden Fall eingehalten wird. Eine endgültige Antwort könne hier wahrscheinlich der Landrat am 5. Januar in der Versammlung geben.

Antworten auf konkrete Fragen zum Umbau der Stadthalle von Seiten der Mitglieder des Gemeinderates ergaben jetzt schon eine ungefähre Vorstellung von der auf sieben Monate begrenzten Unterbringung von 150 Menschen. Vor Beginn der Umbaumaßnahmen wird der Zustand aller Räumlichkeiten bildlich dokumentiert werden. Die Maßgabe ist, dass zum Zeitpunkt der Überlassung zur regulären Nutzung "kein schlechterer Zustand als jetzt" gegeben sein muss.

Die Böden der Halle sollen durch Folie und darauf liegenden Holzfaserplatten geschützt werden. Duschen und Toiletten werden nach Ende der Belegung durch den Landkreis bei Bedarf so saniert, dass sie für Sportler und Vereine auf jeden Fall zumutbar sein werden.

Einen neuen Zusammenhang zwischen Erstaufnahme von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises und der Anschlussunterbringung in den Gemeinden lieferten die Vorberatungen des städtischen Haushaltsplans für das Jahr 2016. So sei aktuell davon auszugehen, dass eine Gemeinde, die Raum für die Erstaufnahme biete, nicht gleichzeitig Personen zur Anschlussunterbringung zugewiesen bekommt.

Aus dieser Überlegung heraus stellte der Gemeinderat Stühlingen nun die Gelder in Höhe von rund 220 000 Euro für die Sanierung der städtischen Wohnung in Grimmelshofen zurück. Erst wenn im Juni 2016 das endgültige Ergebnis der Jahresrechnung 2015 des kommunalen Haushaltes vorliegen wird, das deutlich positiver als erwartet ausfallen dürfte, sollen die Renovierungsarbeiten in der Wohnung für 25 Flüchtlinge in Anschlussunterbringung vergeben werden.

Über die inzwischen abgeschlossenen Vorberatungen zur Aufstellung des Haushaltsplans für das kommende Jahr werden wir noch berichten.